

V04 Verantwortung ernst nehmen – Bedrohte afghanische Ortskräfte und ihre Familien aufnehmen

Gremium: LAG Migration & Flucht Berlin
Beschlussdatum: 18.02.2020
Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedenes
Status: Zurückgezogen

- 1 In Afghanistan arbeiten seit Jahren afghanische Ortskräfte an der Seite deutscher
2 Soldat*innen, Polizeikräfte, Mitarbeitender der Entwicklungszusammenarbeit sowie
3 Diplomat*innen. Ohne den Einsatz der Dolmetscher*innen sowie anderer Ortskräfte wäre weder
4 die Tätigkeit der Bundeswehr, noch die des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums des
5 Innern, für Bau und Heimat oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit
6 und Entwicklung
7 in Afghanistan möglich. Der Einsatz dieser Menschen und ihr Wille, auch Leib und Leben zu
8 riskieren, belegen eindrücklich, welchen Preis viele Afghan*innen für die Verteidigung von
9 Frieden und Demokratie bereit sind zu zahlen.
- 10 Afghan*innen haben sich in den Dienst deutscher Ministerien gestellt in dem Vertrauen
11 darauf, dass sie während und nach Beendigung ihrer Tätigkeit unter dem Schutz Deutschlands
12 stehen. Trotzdem ist die Aufnahme afghanischer Ortskräfte in Deutschland nicht nur fast zum
13 Erliegen gekommen, es sind auch alle Familienmitglieder über die Kernfamilie hinaus von der
14 Möglichkeit ausgeschlossen. Dabei hat die Bundesregierung die Ursache für die besondere
15 Bedrohung auch für die Angehörigen der Ortskräfte erst gesetzt.
- 16 Ortskräfte werden von den Taliban häufig als Kollaborateure und Verräter gesehen und sind
17 deswegen in vielen Fällen der Verfolgung ausgesetzt. Die schwerwiegende Bedrohungslage wird
18 auch in den UNHCR Guidelines zu Afghanistan bestätigt. Die Ortskräfte vertrauen den
19 deutschen Institutionen, deren Arbeit sie vor Ort ermöglichen, ihre eigene Sicherheit und
20 die ihrer Familien an. Denn im Kreuzfeuer der Taliban stehen nicht nur die Ortskräfte
21 selbst, sondern auch ihre Verwandtschaft, darunter ihre Eltern, Geschwister, Tanten, Onkel
22 und Schwäger*innen. Diese werden umso stärker bedroht, angegriffen und getötet, wenn die
23 eigentliche Ortskraft das Land verlassen hat. Die Verwandtschaft muss dann für dessen
24 Entscheidung den deutschen Kräften zu helfen, büßen. Einige werden von den Taliban sofort
25 getötet, andere haben „Glück“ und werden zu einer monatlich zu entrichtenden „Strafzahlung“
26 aufgefordert. Kann die Verwandtschaft nicht zahlen, werden Familienmitglieder immer wieder
27 getötet und verletzt. Eine Aufnahme für diese Personen sieht das Bundesaufnahmeverfahren für
28 afghanische Ortskräfte dennoch nicht vor. Anträge auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis
29 für Familienmitglieder außerhalb der Kernfamilie werden vom Auswärtigem Amt abgelehnt.
- 30 Verwandte von afghanischen Ortskräften können bisher lediglich im Rahmen des § 22 S.1
31 AufenthG einen Aufenthaltsanspruch aus „dringend humanitären Gründen“ geltend machen. Hieran
32 werden jedoch sehr hohe Ansprüche gestellt. Zwar liegt die Aufnahme im Ermessen des
33 Auswärtigen Amtes, sieht dieses aber keinen dringend humanitären Grund in der Bedrohung,
34 Verletzung und Tötung von Familien, deren Angehöriger für den deutschen Staat in Afghanistan
35 tätig sind (§ 22 S. 1 AufenthG) und beschränkt sich das Aufnahmeprogramm (§ 22 II AufenthG)
36 auf deren Kernfamilie, liegt eine eklatante Regelungslücke vor, die nur durch entsprechende
37 Gesetzgebung geschlossen werden kann.
- 38 Dabei ist auch die erweiterte Verwandtschaft oft unmittelbarer Bedrohung durch die Taliban
39 aufgrund der Tätigkeit eines Familienmitglieds als Ortskraft ausgesetzt. Die Verwandtschaft
40 selbst hat keine Möglichkeit sich innerhalb Afghanistans, beispielsweise in Kabul, in

41 „Sicherheit“ zu bringen und der Bedrohung durch die Taliban zu entkommen. Als Angehörige
42 eines „Verräters“ stehen sie auf einer sogenannten schwarzen Liste – verlassen sie ihren
43 Wohnort werden sie sofort durch die Taliban getötet.

44 Das ist nicht nur für die Angehörigen selbst ein Problem – die Trennung von der Familie und
45 die (begründete) Sorge um ebendiese haben massive negative Auswirkungen auf die nach
46 Deutschland geflohenen Ortskräfte, beispielsweise hemmen sie die Integration. Wer ständig
47 Angst um seine Angehörigen haben muss, hat weniger Kraft aktiv hier in Deutschland
48 anzukommen. Wer sich um seine Familie sorgt, der kann sich nicht auf Integrationskurs,
49 Schule, Ausbildung oder den neuen Job konzentrieren. Zeitgleich sind sie gezwungen, alles
50 erwirtschaftete Geld an die Familie zu überweisen, um die Strafzahlungen an die Taliban zu
51 gewährleisten. Somit werden die afghanischen Ortskräfte indirekt gezwungen die Taliban
52 finanziell zu unterstützen, um das Überleben der Familie in Afghanistan zu gewährleisten.

53 Deshalb fordern wir:

- 54 • Berlin soll zeitnah ein Landesaufnahmeprogramm mit einem Kontingent von 50 Personen
55 jährlich schaffen, um über die Kernfamilie hinausgehende Verwandte von bereits in
56 Berlin ansässigen oder noch kommenden afghanischen Ortskräften, die über das reguläre
57 Aufnahmeprogramm gekommen sind oder kommen, ebenfalls nach Berlin zu holen. Das
58 Aufnahmeprogramm soll für all jene Verwandten geöffnet sein, die aufgrund der
59 Ortskrafttätigkeit in Afghanistan Opfer von Bedrohung und Verfolgung islamistischer
60 Terrorgruppen wie der Taliban werden. Den Rahmen dafür kann ein Aufnahmeprogramm
61 analog zu den Berliner Programmen für Syrer*innen und Iraker*innen nach §23.1
62 Aufenthaltsgesetz wegen humanitärer Notlage unter Verzicht auf Bürgschaften bilden.
- 63 • Die aufgenommenen Familienangehörigen sollen einen befristeten humanitären
64 Aufenthaltstitel bekommen und dann in ein reguläres Asylverfahren übergehen. Im Falle
65 einer Ablehnung einer dieser Gruppe zugehörigen Person, ist das Land Berlin in der
66 Beweispflicht, dass kein kausaler Zusammenhang zwischen einer Bedrohung durch die
67 islamistische Terrorgruppen und der Tätigkeit der verwandten Ortskraft vorliegt.
- 68 • Das Land soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, ein vereinfachtes Gruppenverfahren
69 für die großzügige Aufnahme afghanischer Ortskräfte, die für deutsche Institutionen
70 arbeiten oder gearbeitet haben, einzuführen und ihre Angehörigen über die Kernfamilie
71 hinaus darin zu berücksichtigen.